

Intervention in Benin

Ecowas will Militär nach Putschversuch entsenden

Unmittelbar nach einem vereiteten Putschversuch in Benin hat die westafrikanische Staatengemeinschaft Ecowas die Entsendung einer militärischen Eingreiftruppe beschlossen, um die Lage zu stabilisieren. Die Soldaten, unter anderem aus dem Nachbarland Nigeria, sollen die Regierung unterstützen und die verfassungsmäßige Ordnung des Landes schützen, wie Ecowas mitteilte.

Der Präsident der Regionalmacht Nigeria, Bola Ahmed Tinubu, erklärte, die nigerianische Luftwaffe sei auf Bitten Benins im Einsatz, um den Luftraum zu kontrollieren und schnelle Einsätze in Koordination mit dem Nachbarland durchzuführen. Zudem habe das westafrikanische Land Bodentruppen angefordert, um die Regierung zu schützen und bewaffneten Gruppen zu begegnen. Nigerianische Bodentruppen seien nun bereits in Benin. Nigerianische Kampfflugzeuge hätten dabei geholfen, die Putschisten vom Sitz des staatlichen Fernsehens und aus einem Militärstützpunkt zu vertreiben, hieß es weiter. In Medienberichten war die Rede von Explosionen nach mutmaßlichen Luftangriffen in der Hafenstadt Cotonou, dem Regierungssitz.

An der Ecowas-Eingreiftruppe für Benin sollen sich neben Nigeria auch Sierra Leone, Ghana und die Elfenbeinküste beteiligen. Es war zunächst offen, wie viele Soldaten und welches Gerät die Truppe umfassen würde. dpa

Sechs Wochen nach einem von US-Präsident Donald Trump verkündeten Friedensdeal ist der jahrzehntealte Konflikt zwischen Thailand und Kambodscha erneut aufgeflammt. An mindestens fünf Orten entlang der Grenze zwischen den südostasiatischen Ländern kam es ab dem frühen Montagvormittag (Ortszeit) zu Zusammenstößen. Mindestens fünf Menschen sollen dabei ums Leben gekommen sein und Hunderttausende müssen ihre Dörfer verlassen.

„Die Lage an der Grenze zwischen Thailand und Kambodscha ist ernst“, sagte der Frankfurter Rundschau Vanessa Steinmetz, die für die Friedrich-Naumann-Stiftung von Bangkok aus die Lage beobachtet. „Das Misstrauen zwischen beiden Seiten ist weiterhin hoch.“

Beide Seiten gaben sich gegenseitig die Schuld für die Eskalation. So erklärte das thailändische Militär, kambodschanische Truppen hätten einen Angriff gestartet, ein thailändischer Soldat sei dabei ums Leben gekommen, auch Zivile seien ins Visier genommen worden. Als Reaktion habe man Luftangriffe auf kambodschanische Stellungen geflogen. Thailands Premierminister Anutin Charnvirakul warf Kambodscha vor, die „Souveränität“ seines Landes zu gefährden. „Von nun an wird es keinerlei Verhandlungen mehr geben. Wenn die Kämpfe aufhören sollen, muss Kambodscha den von Thailand festgelegten Kurs befolgen.“

Die Regierung in Bangkok sprach von mehr als 385000 Zivilist:innen, die ihre Dörfer vorübergehend verlassen mussten. „Es hat mich erschreckt. Die Explosionen waren sehr deutlich zu hören. Bumm, bumm!“, sagte Phichet Pholkoet, ein Bewohner der thailändischen Seite der Gren-

Trumps Deal bröckelt

Der Konflikt zwischen Thailand und Kambodscha eskaliert erneut – trotz „Friedensabkommen“ des US-Präsidenten / Eine Analyse von Sven Hauberg



Kambodschanische Familien fliehen auf Traktoren aus ihrem Dorf in der Provinz Preah Vihear. XINHUA/IMAGO

ze, der Nachrichtenagentur Reuters. „Ich konnte alles klar und deutlich hören. Einige stammten von schwerer Artillerie, andere von Kleinwaffen.“

Gegenseitige Schuldzuweisungen

Die kambodschanische Seite wies diese Darstellung zurück und behauptete, die thailändische Armee habe die Angriffe begonnen und dabei auch „Gas“ eingesetzt. Laut dem Informationsministerium kamen vier Zivilist:innen ums Leben, neun weitere seien verletzt worden. Hun Sen, Kambo-dschas ehemaliger

Langzeitmachthaber, der die Politik des autoritär geführten Landes weiter dominiert, sprach von einer „Invasion“ seines Landes.

Der Konflikt zwischen den beiden südostasiatischen Nachbarländern schwelt seit Jahrzehnten, im Kern geht es um den Verlauf der rund 800 Kilometer langen Grenze. Umstritten ist vor allem ein Gebiet um einen etwa 1000 Jahre alten Hindutempel, immer wieder kommt es dort seit Ende der Kolonialzeit zu Gefechten. Zuletzt war die Situation im Juli eskaliert, als ein thailändischer Soldat bei der Explosion einer Mine ein Bein verlor. Bei

anschließenden Feuergefechten kamen mindestens 48 Menschen ums Leben, schätzungsweise 300000 Menschen mussten vorübergehend ihre Dörfer verlassen. Nach fünf Tagen blutiger Kämpfe verkündeten Thailand und Kambodscha einen Waffenstillstand.

Ende Oktober unterzeichneten der thailändische Premierminister Anutin sowie Hun Manet, der kambodschanische Premierminister und Sohn von Hun Sen, schließlich ein Friedensabkommen. Zu der feierlichen Zeremonie in Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur war auch US-Präsident Trump gekommen, er sprach

von einem „sehr langen Frieden“, der nun beginne. „Millionen Menschen sind wegen dieses Friedensvertrags heute noch am Leben“, so Trump. Schon Tage später kam es allerdings erneut zu Schermützeln im Grenzgebiet.

Verhandelt hatte das Abkommen von Kuala Lumpur nicht Trump, sondern Malaysias Premierminister Anwar Ibrahim. In einem Beitrag auf der Plattform X schrieb Anwar, er sei „zutiefst besorgt“ über die erneute Eskalation, beide Seiten müssten nun „Zurückhaltung üben“. Die Eskalation vom Montag gefährde „die sorgfältige Arbeit, die zur Stabilisierung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern geleistet wurde“.

Dass der Konflikt jetzt erneut aufflamme, zeige, „wie fragil das vor gerade einmal sechs Wochen unterzeichnete Friedensabkommen von Kuala Lumpur ist“, sagt Expertin Steinmetz. „Die Aussichten auf eine Konfliktlösung und anhaltende Stabilität an der Grenze zwischen Thailand und Kambodscha sind nun erheblich eingetrüb.“ Wegen der Kämpfe warnt das Auswärtige Amt derzeit vor Reisen in das Grenzgebiet.

Militärisch ist Thailand in dem Konflikt deutlich überlegen: Das Königreich hatte im vergangenen Jahr einen Militäraushalt von umgerechnet etwa 4,9 Milliarden Euro, in der thailändischen Armee dienen 360000 Soldat:innen. Kambodscha gab 2024 gut 1,1 Milliarden Euro für seine Streitkräfte mit ihren etwa 124000 Soldaten aus.

— ANZEIGE —

Bekanntmachungen

Sonstige

Bekanntgabe der NRM Netzdiene Rhein-Main GmbH (NRM)

Mit Wirkung zum 01.01.2026 erfolgt eine Anpassung der Ergänzenden Bedingungen der NRM zu der Niederdruckanschlussverordnung (NDAV) für den Netzbereich „Frankfurt am Main und Umland“. Die aufgeführten Verrechnungssätze haben sich wie folgt geändert:

VII. Kosten Inbetriebsetzung, Wiederaufnahme des Anschlusses/Anschlussnutzung (§ 14 NDAV)

Ziffer	Beschreibung	EUR netto ohne MwSt.	EURO brutto inkl. 19 % MwSt.
1.1	Jede weitere Inbetriebsetzung	117,38	139,68
2	Nicht mögliche Inbetriebsetzung oder Wiederaufnahme	117,38	139,68

VIII. Anschluseinstellung

Ziffer	Beschreibung	EUR netto ohne MwSt.	EURO brutto inkl. 19 % MwSt.
1.2	Zählerausbau - während der Geschäftszeit* - außerhalb der Geschäftszeit	117,38 149,00	umsatzsteuerfrei umsatzsteuerfrei
1.3	Beendigung des Anschlussnutzungs-verhältnisses	256,35	305,06

IX. Sonstige Kostensätze

Ziffer	Beschreibung	EUR netto ohne MwSt.	EURO brutto inkl. 19 % MwSt.
1	Verzugskosten pauschal	117,38	139,68
3	Erfolgslose Ausbauversuche und Einbauversuche	88,46	105,27
4	Stormierung eines Auftrags zur Unterbrechung der Anschlussnutzung - bis zum Vortag der Sperrung	58,52	69,94

Die Position IX, 2 „Verzugskosten variabel“ entfällt. Die Position IX, 3 „Erfolgslose Ausbauversuche und Einbauversuche“ wurde neu aufgenommen. Die Positionsnummern der nachfolgenden Positionen ändern ihren Zählwert entsprechend.

* Montag bis Freitag von 07.45 Uhr - 17.15 Uhr

Die angegebenen Verrechnungssätze gelten jeweils für eine Arbeitsstunde.

Die Bekanntgabe zur Anpassung der Ergänzenden Bedingungen der NRM (Frankfurt am Main) zu der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) ist im Amtsblatt der Stadt Frankfurt veröffentlicht.

Die Ergänzenden Bedingungen finden Sie im Internet www.nrm-netzdienste.de oder erhalten Sie telefonisch unter 069 213-27302.

NRM ist ein Tochterunternehmen der Mainova AG und betreibt die im Eigentum der Mainova AG stehenden Gasverteilernetze gemäß § 3 Ziff. 8 EnWG.

NRM Netzdiene Rhein-Main GmbH
Solmsstraße 38, 60486 Frankfurt am Main, Telefon 069 213-27302

Ganz Lateinamerika gehört Washington allein

Die US-Regierung macht ihren Einfluss in der Nachbarschaft zur Priorität. Teil der „Donroe-Doktrin“ ist das Zurückdrängen Chinas

VON KLAUS EHRINGFELD

Die Vereinigten Staaten setzen das einst als „Hinterhof“ verunglimpfte Lateinamerika wieder oben auf die Prioritätenliste der nationalen Interessen. Die wirtschaftliche und politische Kontrolle über das unter den vorhergehenden Präsidenten ver nachlässigte Lateinamerika sei „grundlegend für den Schutz des Heimatlandes“, heißt es in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie, die am Freitag in Washington vorgestellt wurde. Sie verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele: die Gewährleistung der Grenzsicherheit, und – ohne es explizit zu erwähnen – die Eindämmung des wachsenden Einflusses Chinas. In mehreren Ländern, so etwa Brasilien, ist der asiatische Staat inzwischen wichtigster Handelspartner.

Es ist die Wiederkehr der „Monroe-Doktrin“ und des „Amerika den Amerikanern“-Anspruchs, mit dem Washington im 19. Jahrhundert eine auch über Interventionen do-

minierte Ära prägte. Benannt ist sie nach dem damaligen US-Präsidenten James Monroe. Diese Politik kehrt jetzt gewissermaßen als „Donroe-Doktrin“ zurück, indem Staatschef Donald Trump mit Drohungen, Erpressungen, Zöllen und Freihandelsabkommen die Länder Zentral- und Südamerikas gefügt machen will. „Die Vereinigten Staaten müssen in der westlichen Hemisphäre eine führende Rolle einnehmen, um unsere Sicherheit und unseren Wohlstand zu gewährleisten. Diese Voraussetzung ermöglicht es, uns in der Region jederzeit und überall selbstbewusst zu behaupten“, schreibt das Konzeptpapier fest. Ziel sei es, „die amerikanische Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre wiederherzustellen“.

Die USA haben gleich zu Beginn von Trumps Amtszeit vor knapp einem Jahr das Zugriffsrecht auf den Panama-Kanal erhoben und behauptet, er werde von China verwaltet. Trump drohte Mexiko an, im Kampf gegen die Kartelle auch auf de-

ren Territorium aktiv zu werden. Und auch Kolumbiens Staatschef Gustavo Petro steht im Fokus des Weißen Hauses, weil er angeblich nicht genugend gegen den Anbau von Koka tue.

Einmischung in Wahlen

Auch auf andere Weise greift Trump drastisch in die Politik der lateinamerikanischen Staaten ein. In Argentinien knüpfte er ein 40-Milliarden-Hilfspaket an einen Erfolg der Partei von Staatschef Javier Milei bei den Kongresswahlen. Honduras drohte er gerade mit der Einstellung der US-Hilfe, sollte nicht der Favorit Washingtons bei der Präsidentenwahl gewinnen.

In diesem Rahmen muss man auch den massiven Aufmarsch der US-Marine und Luftwaffe vor den Küsten Venezuelas interpretieren. Die Streitkraft ist nicht nur dazu da, Druck auf Machthaber Nicolás Maduro auszuüben, sondern auch, um dauerhaft Präsenz in der Karibik zu zeigen.

Das sind auch keine guten Nachrichten für Länder wie Kuba und Nicaragua, die neben Venezuela von ehemals linken, autokratischen Regierungen geführt werden und ein ganz besonderer Dorn im Auge der Washingtoner Regierung sind. Insbesondere US-Außenminister Marco Rubio, der kubanische Wurzeln hat, sagt offen, dass er in Havanna und Caracas einen Regimewechsel anstrebt. Genauso stören sich die neuen Bullys in Washington am großen Einfluss Chinas in der Region. Peking hat in den vergangenen Jahren die von den USA gelassene Lücke genutzt und seine Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Ländern ausgebaut.

„Die Bedingungen unserer Bündnisse und jeglicher Art von Hilfeleistung müssen an die Reduzierung feindlichen ausländischen Einflusses geknüpft sein – von der Kontrolle über Häfen, Militäranlagen und wichtige Infrastruktur bis hin zum Erwerb strategischer Güter im weitesten Sinne“, heißt es martialisch.